

## BUCHBESPRECHUNGEN

RICHARD F. BEHRENDT  
SOZIALE STRATEGIE  
FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER

Entwurf einer Entwicklungssoziologie. Verlag S. Fischer, Frankfurt am Main 1965. 640 S., Paperback 19,80 DM, Ln. 28 DM.

Vor noch nicht langer Zeit sah man die Entwicklungspolitik vorwiegend unter technisch-finanziellen Aspekt, und Fragen nach technischer Realisierbarkeit sowie nach dem Umfang der Finanzierbarkeit standen im Vordergrund. Inzwischen hat man erfahren, daß dies noch die einfachste Seite des Problems ist und daß seine wahren Schwierigkeiten im menschlichen Bereich liegen.

Kurz bevor Professor Richard F. Behrendt einem Ruf von Bern an die Freie Universität Berlin folgte, legte er dem Publikum einen umfangreichen Band vor, in dem er seine vieljährigen Erfahrungen als Theoretiker und Praktiker der Entwicklungssoziologie zusammenfaßt. Er setzt damit einen längst fälligen neuen Akzent, indem er die soziologische Seite des Entwicklungsprozesses zum Forschungsgegenstand erhebt.

Man hat in Deutschland lange gebraucht, um zu begreifen, daß Entwicklung zugleich Änderung bedeutet, häufig einen radikalen Bruch mit dem Alten, Übernahme neuer Wertskalen und Verhaltensweisen, und daß wir mit noch so hochachtungsvollen Verbeugungen vor den „alten Kulturen“ nicht an der Tatsache vorbeikommen, daß wir in den Entwicklungsländern einen neuen Menschentyp schaffen helfen müssen, wenn der ganze inzwischen eingeleitete Prozeß zu einem erfolgreichen Ende führen soll. Hier gibt es in der Entwicklungshilfe der alten Industrieländer manchen Mangel zu enthüllen, denn kaum jemals wurden Einzelprojekte in das Große und Ganze eingefügt, und wenn doch, dann höchstens technisch und keinesfalls sozial. Hier ist ein Umdenken dringend erforderlich: „Wirksame Entwicklungsförderung muß als gelenkter Kulturwandel, als umfassender Umbau vorgegebener, jedoch unzureichender sozialer und wirtschaftlicher Ordnungen verstanden und betrieben werden, anstatt — wie bisher vorwiegend — als eine Anzahl von punktuellen, nicht aufeinander abgestimmten oder miteinander verbundenen Einzelmaßnahmen, die ohne Berücksichtigung ihrer ordnungspolitischen Funktionen getroffen werden“ (S. 94), sagt Behrendt treffend.

Methodisch führt uns diese Erkenntnis dazu, anzuerkennen, daß uns nur interdisziplinäre Forschung und Zusammenarbeit weiterbringen können. Schließlich muß es Gründe geben, warum große Teile der Welt zu den „Randländern der Dynamik“ gehören. So gehört

weiter zu den Aufgaben der Entwicklungssoziologie, festzustellen, warum und aus welchen Gruppen Entwicklungsförderung und Entwicklungsförderung entspringen, welches die sozialen Voraussetzungen und Folgen eines Entwicklungsprozesses sind. Dies alles sind Dinge, bei denen vor allem die deutschsprachige Soziologie noch ganz am Anfang steht. Behrendt stößt mit seinem Buch eine Tür auf, durch die hoffentlich in der nächsten Zeit zahlreiche deutsche Soziologen ihren Weg nehmen werden.

Es ist also gerade der Kulturwandel, vor allem durch die Übernahme von Elementen fremder Kulturen (Akkulturation), der eine zentrale Bedeutung in diesem Buch einnimmt, der Wandel, der die in den Entwicklungsländern typische „statische Gesellschaft“ aufweicht und erst die Voraussetzung für eine allseitige Entwicklung schafft. Der Prozeß der Akkulturation „trifft ganz allgemein auf den in den heutigen Entwicklungsländern vor sich gehenden Kulturwandel zu. Es handelt sich hierbei um ein Zusammentreffen zwischen verschiedenen und verschiedenartigen Kulturen und insbesondere Gesellschaftssystemen . . . wobei das entwickeltere (und deshalb aktivere) System das weniger entwickelte (und daher zunächst passive und schwächere) System seinem Einfluß öffnet und es zu durchdringen und zu verändern beginnt“. Diese Öffnung kann gewaltsam erfolgen, wie im Falle imperialistisch-kolonialer Aktionen, oder aber auch freiwillig, friedlich, ja unbewußt. „Diese freiwillige Akkulturation ist — wenigstens in bezug auf technische Verfahrensweisen und zahlreiche wirtschaftliche und soziale Leitideen — im gegenwärtigen Stadium der Entwicklungsländer die Regel“. (S. 117.)

Hier setzen also die von außen kommenden Entwicklungsbeiträge ein, hier müssen sie einsetzen und zu einem „gelenkten Kulturwandel“ führen.

Behrendts Arbeit ist außerordentlich vielschichtig und überrascht immer wieder durch interessante Fakten und das reiche Quellenmaterial. Allein das Kapitel über die Träger des Entwicklungsprozesses in den überseeischen Ländern — über jene Kräfte also, mit denen der Entwicklungshelfer es unmittelbar zu tun hat — bringt eine Fülle interessanter Detailfragen: die Ablösung alter durch neue Eliten, die neue Unternehmerschaft, Jugend und Frauen, die Armee mit ihrer zwielfichtigen Rolle und schließlich die junge Arbeiterschaft mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Der Verfasser setzt sich sehr kritisch mit den Gefahren einer zu zentralistisch gesteuerten Entwicklungspolitik, komme sie nun von außen oder von innen, auseinander und befürwortet Maßnahmen, die „von unten her“ schrittweise eine neue Gesellschaft mit einer neuen Wirtschaft aufbauen, um in höchstmöglichem Maße die Dritte Welt zu demokratisieren. Es fehlt

nicht an Beispielen, die die Schwierigkeit dieses Prozesses illustrieren.

Behrendt bietet ein Buch an, dessen sorgfältiges Studium gerade dem politisch Interessierten eine Fülle von Informationsmaterial an die Hand gibt. Noch wichtiger ist aber, daß dieses Material in ein System eingefügt und zu einem soziologischen Gedankengebäude verdichtet wird. So gestattet das Buch dem aufmerksamen Leser, das bei uns, wenn überhaupt, dann mit halbem Herzen diskutierte Entwicklungsproblem neu und fruchtbar zu durchdenken.  
*Dr. Wolf Donner*

**WERNER EICHHORN**  
**KULTURGESCHICHTE CHINAS**

Eine Einführung. Urban-Bücher Nr. 76. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1964. 258 S., kart. 4,80 DM.

**GILBERT ETIENNE**  
**CHINAS WEG ZUM KOMMUNISMUS**

Europa Verlag, Wien - Köln - Stuttgart - Zürich 1963. 285 S., kart. 15,80 DM.

**OTTO JANECEK**  
**DIE MITTE IST LINKS**

China und die kommunistische Weltbewegung. Europa Verlag, Wien - Köln - Stuttgart - Zürich 1964. 147 S., kart. 9,80 DM.

**FRITZ SCHATTEN**  
**DER KONFLIKT MOSKAU — PEKING**

Dokumente und Analyse des roten Schismas. Verlag R. Piper & Co., München 1963. 212 S. Paperback 7,80 DM.

**HANS HENLE**  
**CHINAS SCHATTEN  
ÜBER SÜDOST-ASIEN**

Verlag Holsten, Hamburg 1964. 300 S., Ln. 17,80 DM.

China ist seit Ende des zweiten Weltkrieges mehr und mehr in den Horizont unseres Interesses getreten. Die Selbstbefreiung der Chinesen von imperialistischer Bevormundung hat einerseits alte Vorurteile über die „gelbe Gefahr“ reaktiviert, andererseits bei aufgeschlossenen Menschen auch skeptische Sympathie hervorgerufen. Wer sachliche Orientierung über die Vorgänge in Ost- und Südostasien sucht, hat es nicht leicht. Der interessierte Laie ist vorwiegend auf Arbeiten publizistischen Charakters angewiesen. Die wissenschaftliche Chinaforschung gehört noch zu den unterentwickelten Gebieten der Sozialforschung. Dabei hat die auf die chinesische Sprache und Literatur angewandte Philologie in Deutschland durchaus beachtliche Leistungen hervorgebracht. Nur ist vom Standort des Philologen aus wenig über die sozialen und politischen Verhältnisse des neuen China zu sagen.

Das ist auch der Nachteil der sonst vorzüglichen „Kulturgeschichte Chinas“ von *Werner Eichhorn*. Das Werk soll dem interessierten Nichtfachmann wie dem studierenden Anfänger einen Überblick über die wichtigsten Grundzüge und die Linienführung der chinesischen Kultur im historischen Ablauf geben. Das ist auch gelungen. Eichhorn beginnt seinen Abriß bei den Vorstufen der chinesischen Kultur und beendet ihn mit Ausführungen über die Antwort der chinesischen Intelligenz auf den Einbruch Europas. Das Büchlein ist verständlich geschrieben und vermag Interesse für die überlieferungsreiche chinesische Kultur zu erwecken. Wichtig scheint mir Eichhorns Hinweis auf das Fehlen einer umfassenden Arbeit über den Zusammenstoß der chinesischen und europäischen Kultur. Schon eine annähernd vollständige Bibliographie der europäischen und amerikanischen Werke, die etwa seit dem siebzehnten Jahrhundert ins Chinesische übersetzt wurden, könnte darüber Auskunft geben, „was man dem Chinesen als europäische Kultur vorgesetzt hat und was von ihnen als Quintessenz dieser betrachtet wurde“. Eichhorn meint: „Wir würden dann vielleicht verstehen, warum die Chinesen, weit davon entfernt, sich von der westlichen Kultur imponieren zu lassen, ganz im Gegenteil in ihrem alten Kulturstolz und traditionellem Kulturüberlegenheitsgefühl eine neue Stärkung erfuhren“ (S. 266).

In die Gegenwartsproblematik Chinas führt das Buch „Chinas Weg zum Kommunismus“. Nüchtern und vorurteilsfrei stellt *Etienne* vor allem die sozialökonomischen Strukturveränderungen in Ostasien dar. Folgende Grundprinzipien des chinesischen Wirtschaftsaufbaus führt er an: „1. Mobilisierung der Massen, um dem Kapitalmangel durch investiertes Menschenmaterial abzuwehren; 2. ‚Gehen auf zwei Beinen‘, das heißt: harmonische Abstimmung zwischen Landwirtschaft und Industrie; 3. gleichzeitige Entwicklung von Groß- und Kleinindustrie, Anwendung moderner technischer und landesüblicher Methoden; 4. Dezentralisation der Industrie, Errichtung von Werkstätten und kleinen Fabriken in den ländlichen Bezirken“ (S. 213).

Seiner Ansicht nach erweisen sich diese Prinzipien im kommunistischen China und zumindest in einem Teil der Dritten Welt als tauglich. „Die verantwortlichen chinesischen Führer haben eine richtige wirtschaftliche Diagnose gestellt. Am Ende ihres ersten Fünfjahresplans haben sie begriffen, daß sich das sowjetische Muster, selbst wenn es auf chinesische Verhältnisse zugeschnitten worden wäre, nicht bewähren würde. Der Augenblick, war gekommen, da sie ein eigenes Wirtschaftskonzept einsetzen mußten“ (a.a.O.). Im ganzen beurteilt Etienne die Entwicklung in China positiv. Seiner Auffassung nach endete der große Sprung nach einer heftig betriebenen Kollektivierung mit ei-

nem Rückzug auf mehrere „kleine persönliche Freiheiten“.

Ähnlich bewertet übrigens auch *Zimmerman* in „Arme und reiche Länder“ (Bund-Verlag) die chinesische Wirtschaftspolitik. In einem Land mit versteckter oder offener Arbeitslosigkeit sei immer anzuraten, „Menschen, die über eine Arbeitsproduktivität verfügen, die annähernd Null beträgt, in arbeitsintensiven Projekten zu beschäftigen — jedenfalls solange der aus dieser Mehrbeschäftigung resultierende zusätzliche Verbrauch die Mehrproduktion nicht übersteigt. Gerade im kommunistischen China scheint man die Richtigkeit dieser These voll begriffen zu haben“ (S. 115). Als Beispiel führt *Zimmerman* Bewässerungsprojekte und die hierzulande oft leichtfertig verspotteten Volkshochöfen an.

Eine lebendig geschriebene Darstellung der Politik Chinas findet man in dem Buch „Die Mitte ist links“. Auf etwa hundert Seiten beantwortet *Janecek* u. a. die Fragen, ob die Organisationsform der Kommunen bereits mit dem Kommunismus gleichzusetzen ist, warum die Kommunistische Partei Chinas *Stalin* verteidigt, wie es zu den Grenzstreitigkeiten mit Indien kam, und was einfache Menschen in China unter Sozialismus verstehen. Die Antwort eines Dorfbäuerlein auf die letzte Frage sei wiedergegeben: „Sozialismus ist, wenn es allen immer besser geht. Nicht nur zwei oder drei Leuten, sondern allen“. (S. 100.)

Im Anhang werden Auszüge aus dem „Vorschlag zur Generallinie der kommunistischen Bewegung“, das ist der berühmte Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni 1963 an die Kommunisten der Sowjetunion, der am 14. Juli 1963 in der sowjetischen Presse veröffentlicht wurde, wiedergegeben.

Wer diese Dokumente vollständig nachlesen will, findet sie in: „Der Konflikt Moskau — Peking“, von *Fritz Schatten* herausgegeben und kommentiert. Das Buch enthält 18 Dokumente über die Auseinandersetzung zwischen der KPdSU und der KPCh aus dem Jahre 1963. Bei sorgfältiger Lektüre kam ich zu dem Resultat, daß die chinesischen Kommunisten vermutlich konsequentere Marxisten sind als die sowjetischen, wenn mir auch ihr Verdammungsurteil über den Titoismus überflüssig und ihre Äußerungen über den Atomkrieg leichtfertig erscheinen.

Die Analyse von *Fritz Schatten* hat mich allerdings nicht überzeugt. Er unterstellt den Chinesen „vorwiegend nationale Motive“ und „nur mühsam bezähmte Machtgier“. „Moskau“ würde die Welt wirklichkeitsgetreuer sehen als „Peking“ (S. 37). Auch bei dem den Chinesen vorgeworfenen „Rassismus“ handelt es sich wohl mehr um die Projektion eigener ungewohnter Vorurteile als um die Kennzeichnung der Wirklichkeit. Die Sachzwänge, die die chi-

nesische Politik determinieren, werden von *Schatten* dagegen kaum angedeutet.

Einen ausgezeichneten Überblick über die politischen Positionen in Südost-Asien vermittelt *Hans Henle* in: „Chinas Schatten über Südost-Asien“. Die Eigenheiten des asiatischen Marxismus, das Versagen der westlichen Kolonialpolitik, ihre tragischen Folgen, der Weg von Jalta nach Dienbienphu, die Versuche, durch die Konferenzen in Genf, Manila, Bandung neue Ordnungsgefüge zu schaffen, die Probleme der jungen Nationalismen, die Hypothek der Unterentwicklung, die neutrale Politik Laos', die Bauernrevolution in Vietnam, das Konfligieren von Neutralismus und Großmachtspolitik werden kenntnisreich erörtert. Nachdenklich legt der Leser das Buch aus der Hand, und angesichts dessen, was er über den Krieg in Vietnam erfährt, mag mancher Leser fragen, warum heißt das Buch nicht: „Amerikas Schatten über Südost-Asien“?

*Dr. Wilfried Gottschalch*

OTTO STAMMER u. a.

#### VERBÄNDE UND GESETZGEBUNG

Die Einflußnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965. 316 S., Ln. 29 DM.

Seit mehr als 10 Jahren, im Grunde seit dem Erscheinen der ersten Schriften von *Eschenburg* zum Thema „Herrschaft der Verbände?“, ist es auch in der Bundesrepublik Mode geworden, über die Einflußnahme der Verbände auf die Staatsgewalt, insbesondere auch auf die Gesetzgebung, zu reden und zu schreiben. In relativ kurzer Zeit ist eine nur noch mit Mühe übersehbare Literatur zu diesem Fragenkomplex entstanden, die sich an Umfang fast mit dem wesentlich weiter zurückreichenden Schrifttum vor allem der angelsächsischen Staaten zum gleichen Problem messen kann.

Das Interessante aber ist, daß alle Erörterungen und klugen Analysen über den Einfluß der Verbände gerade auf das Entstehen der Gesetze mangels empirischer Untersuchungen bisher mehr oder minder ohne zuverlässigen Unterbau und daher sozusagen im luftleeren Raum, allein aufgrund der Beobachtungen der Tagespolitik, zustande kamen. Darauf beruht es sicher, daß in der Öffentlichkeit — möglicherweise genährt durch einige bekanntgewordene massive, zum Teil erfolgreiche Beeinflussungsversuche großer Verbände — zunehmend der Eindruck entstanden ist, die Gesetzgebung in der Bundesrepublik sei das Spiegelbild der widerstreitenden Verbandsinteressen und die Gesetze sozusagen der Kompromiß, der sich nach allem außerparlamentarischen Druck und Gegendruck schließlich herauskristallisiere. Von der auch heute noch spürbaren Unabhängigkeit der Legislative und vor allem vom Einfluß der Verwaltung, der

Ministerialbürokratie etwa, den die Verbandsvertreter aufgrund vielfacher Erfahrungen nicht hoch genug einschätzen können, merkt man bei diesem Bild wenig.

Insbesondere aber bestand bisher weitgehende Unklarheit über den Zeitpunkt, die Stationen, die Adressaten und die verschiedenen Methoden des Verbandseinflusses auf die Gesetzgebung im einzelnen. Teilweise nahm man bisher an, daß die Verbände bei ihren Versuchen, das Zustandekommen eines Gesetzes erfolgreich zu beeinflussen, im wesentlichen ihre teilweise institutionalisierten Beziehungen zur Verwaltung, also zur Ministerialbürokratie, einsetzen und damit in erster Linie im Vorbereitungsstadium der Gesetzgebung tätig werden. Diese Beobachtung ist bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt, aber in der Praxis zeigt sich, daß eine erfolgsversprechende Beeinflussung eigentlich in jedem Stadium des Gesetzgebungsverfahrens möglich ist und angewandt wird, ja oft bis zur dritten Lesung und darüber hinaus bis zur Anrufung des Vermittlungsausschusses erforderlich ist.

Alle diese Zweifelsfragen und Unklarheiten, die das Bild des Verbandseinflusses auf die Gesetzgebung in den Augen der Öffentlichkeit kennzeichnen, machen deutlich, wie unumgänglich gerade auf diesem Gebiet genaue empirische Untersuchungen sind, um eine exakte Antwort auf die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung des Gesetzgebers und ihrer Problematik zu erhalten. Die hier im Schrifttum bestehende Lücke scheint nunmehr erkannt und geschlossen zu werden. Zu der Studie von *Viola von Bethusy-Huc* (Demokratie und Interessenpolitik, Wiesbaden 1962), in der vergleichend das Zustandekommen des Landwirtschaftsgesetzes, des Kartellgesetzes und des Bundesbankgesetzes untersucht wurde, ist jetzt eine Gemeinschaftsarbeit des Instituts für politische Wissenschaft Berlin unter Führung von Professor *Dr. Otto Stammer* über „Die Einflußnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes“ getreten; neben Stammer zeichnen als Autoren: Wolfgang Hirsch-Weber, Niels Diederich, Annemarie Gerschmann, Wilfried Gottschalch, Gerhard Grohs und Hans Gustävel. Eine weitere Arbeit des gleichen Verfasserenteams über die Entstehung des Ladenschlußgesetzes soll folgen.

Die Beschränkung auf diese beiden Gesetze beruht auf realistischer Einsicht, da sich der ursprünglich von der Forschergruppe vorgesehene Plan einer generellen empirischen Untersuchung über den Einfluß der Verbände auf die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages als nicht durchführbar erwies. Um so begrüßenswerter ist es, daß statt dessen, als eines der Beispiele für eine Darstellung der politischen Einflußnahme der Verbände, das Personalvertretungsgesetz ausgewählt wurde.

Mit diesem Gesetz haben die Verfasser, wie sich aus der vorliegenden Untersuchung sofort ergibt, ein äußerst dankbares Forschungsobjekt gefunden. Dies hat seinen Grund darin, daß es sich hier um ein Gesetz handelt, bei dem grundsätzliche gesellschaftspolitische Entscheidungen zu fällen waren und bei dem die beteiligten Verbände ihre unterschiedlichen Ziele mit besonderer Entschiedenheit verfochten. Hinzu kommt, daß sich nach der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes „vor allem in Regierungskreisen ein Wandel der Auffassungen über die Gestaltung dieser Rechtsmaterie und zugleich eine wesentliche Veränderung der politischen Machtkonstellation ergeben hatte. Die Veränderung der innenpolitischen Szene hatte ohne Zweifel auch die Machtverteilung unter den Interessenverbänden, die als Akteure in die Auseinandersetzungen um die Personalvertretungsgesetze eintraten, beeinflußt. Die innenpolitische Situation der Jahre 1953—1955 ließ erwarten, daß alle Interventionen und Druckmaßnahmen zu Kompromissen führen würden, bei denen es den Beteiligten darauf ankommen mußte, ihre Ziele und ihre Argumente in den Entscheidungen möglichst weitgehend anerkannt zu sehen und in den für sie wichtigsten Fragen gut abzuschneiden“ (S. 28).

Als besonders günstig hat sich die Behandlung des Personalvertretungsgesetzes auch deshalb erwiesen, weil gerade für die Entstehung dieses Gesetzes zahlreiche Quellen und Informationen erreichbar waren. Die ursprüngliche Besorgnis der Verfasser, daß die Beteiligten ihre Unterlagen nur in Auswahl zur Verfügung stellen würden, war unbegründet. Alle in Betracht kommenden Institutionen und Gruppen machten dem Institut ihr vollständiges Material zur wissenschaftlichen Auswertung zugänglich. Außerdem konnten von zahlreichen Persönlichkeiten, die innerhalb und außerhalb des Parlamentes maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des Gesetzes genommen hatten, Informationen gewonnen werden, die zusammen mit dem verarbeiteten Quellenmaterial ein umfassendes Bild der Gesetzesentstehung und der verschiedenen Stationen, Methoden und Erfolge der Einflußnahme ergaben.

Nach einem Einführungskapitel über „Interessenverbände und Gesetzgebung“, in dem die bisherigen Auffassungen, die Literatur und der Ausgangspunkt der Verfasser geschildert werden, folgt zunächst eine kurze Zusammenfassung der Vorgeschichte des Personalvertretungsgesetzes. Daran schließt sich in drei Kapiteln (von insgesamt 80 Seiten) eine umfassende Darstellung der Auseinandersetzungen um das Personalvertretungsgesetz vom Referentenentwurf bis zum Kompromiß des Vermittlungsausschusses an. Dabei zeigt sich die außerordentliche Bedeutung, die die Vorbereitungsphase, also die Einflußnahme im vorparlamentarischen Raum und damit das

Zusammenspiel zwischen Ministerialbürokratie und Verbandsvertretungen, hat (beim Personalvertretungsgesetz lag hier die Initiative zunächst eindeutig beim Deutschen Beamtenbund und der Ministerialbürokratie). Gleichzeitig aber zeigt sich, daß „geplante und bewußte Interessenvertretung im politischen Raum einen Gesetzgebungsprozeß mit recht unterschiedlichen Mitteln auf allen Stationen beobachten und beeinflussen muß, wenn sie ihr Ziel erreichen will“ (S. 22). Diese Einflußnahme erfolgt „von der Ausarbeitung der Referenten- und Regierungsentwürfe über die verschiedenen Plenar- und Ausschußberatungen im Bundesrat und vor allem im Bundestag, gegebenenfalls bis zu den Kompromißverhandlungen im Vermittlungsausschuß“. Außerdem sind „die nicht in der Verfassung vorgesehenen außerparlamentarischen Stationen (Beratungen, Ausarbeitung eigener Gesetzentwürfe der Verbände bzw. der Parteien, Beeinflussung der Öffentlichkeit durch besondere Werbekampagnen) zu berücksichtigen“ (S. 21/22).

Beim Personalvertretungsgesetz „waren die Verhandlungen des Unterausschusses Personalvertretung des Bundestages für die Interessenpolitik in der Bundesrepublik besonders bedeutsam, da hier die unterschiedliche Aktivität der Verbands- und der Parteienvertreter, aber gelegentlich auch die stille Kooperation zwischen Vertretern der Bundesregierung, des Bundesrates, Verbandsexperten und Abgeordneten zum Ausdruck kam“ (S. 24). Während im Rahmen dieser „Ausschußphase“ der Akzent auf der sachlichen Beeinflussung lag (besonders bedeutsam war hier die Arbeit der „kleinen Kommission“, der Vorläuferin des heutigen Ausschusses Personalvertretungswesen des DGB), war der Höhepunkt der Einflußnahme, eingeleitet durch eine Pressekampagne, die sogenannte „Kompromißphase“, also die Auseinandersetzung im Plenum selbst mit der entscheidenden Wendung während der zweiten Lesung des Gesetzes. In einem weiteren Kapitel wird schließlich zusammenschauend eingehend untersucht, „welche Forderungen welcher Akteure sich in welchem Stadium der Gesetzgebung durchsetzten“.

Insgesamt ergibt sich so ein faszinierendes Bild der Entstehung eines Gesetzes, das keineswegs nur eine Aneinanderreihung von Daten, sondern in sorgfältiger Verarbeitung des umfangreichen Materials eine präzise Darstellung und genaue Analyse der „Beeinflussungsvorgänge und der sichtbar werdenden Kreuzwege der politischen Willensbildung“ bringt.

Nicht minder bedeutsam sind die beiden folgenden Kapitel, in denen die Verfasser die Entstehung der Personalvertretungsgesetze der Länder, und zwar am Beispiel des größten deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und des Stadtstaates Berlin mit ihrer unterschiedlichen Struktur, eingehend darstellen.

In einem Abschlußkapitel über „Chancen und Grenzen interessenpolitischer Einflußnahme“ wird schließlich das Fazit gezogen, und hier zeigt sich — trotz aller Besonderheiten der Materie — die generelle Bedeutung einer derartigen Untersuchung. Das für viele vielleicht erstaunliche Ergebnis ist, daß die Möglichkeiten der Verbände für eine erfolgreiche Einflußnahme offenbar geringer sind, als gemeinhin angenommen wird. Die Analyse des Gesetzgebungsprozesses läßt erkennen, wie schwierig es für die Verbände war, „ihre Auffassungen zur Geltung zu bringen, welche Hindernisse sich ihren politischen Interventionen entgegenstellten und wie knapp bemessen die Erfolge waren, die sie schließlich in den Auseinandersetzungen der Akteure zu erzielen vermochten. Die Grenzen, die der Einwirkung von Verbänden auf die Gesetzgebung in der Bundesrepublik gesetzt sind, treten jedenfalls in der Untersuchung deutlich zutage. In dieser Einzelfallstudie wird bestätigt: von einer Herrschaft der Verbände, einer unausweichlichen Beeinträchtigung der Prerogative des Parlaments, einer Verminderung der Aktionsfähigkeit und einer Ausschaltung der politisch interessierten Öffentlichkeit kann — zumindest im politischen Prozeß der Gesetzgebung — nicht die Rede sein“ (S. 226).

Ein Anhang mit den drei maßgebenden Entwürfen (Referentenentwurf, Regierungsentwurf und Entwurf des Unterausschusses Personalvertretung) sowie dem Text des Personalvertretungsgesetzes, ein umfangreiches Literaturverzeichnis und sorgfältig bearbeitete Register schließen das Werk ab, das in vorbildlicher Weise eine entscheidende Lücke im politologischen Schrifttum schließt und der Verbändeforschung auch in der Bundesrepublik den erforderlichen „Unterbau“ verschafft.

Am Rande sei schließlich vermerkt, daß ein solches Werk als „Abfallprodukt“ auch wertvolle Erkenntnisse für andere sachliche Fragen, etwa für die „Mitbestimmungspraxis im öffentlichen Dienst“ bringen kann, wie sich aus einem Vortrag des Mitverfassers *Nils Diederich* vor der Hans-Böckler-Gesellschaft (Mitbestimmungsgespräch 1965, S. 127 ff.) über dieses Thema ergibt.

*Dr. Manfred Hässler*

#### HANS JOACHIM ORTH POLEN, PARTNER VON MORGEN

Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg (Oldb.) und Hamburg  
1965. 255 S., Ln. 19,80 DM.

Als im Jahre 1962 das Buch von H. J. Orth „*Diesseits und jenseits der Weichsel*“ (Pro-gress-Verlag, Darmstadt) erschien, zählte die in Bellnhausen vom Institut für Geozoologie und Politik herausgebrachte Zeitschrift „Geo-politik“ dieses Werk „zu den wichtigsten Ereignissen auf dem Gebiet einer Vorbereitung neuer und besserer Außenpolitik“. Mit dem

vorliegenden Band „*Polen, Partner von morgen*“ setzt der Autor seine Bemühungen fort, ein objektives Bild von dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustand dieses Landes zu zeichnen. Wiederum haben ihm ausgedehnte Reisen durch das gesamte Staatsgebiet Polens neue Einblicke und Einsichten verschafft, die durch zahlreiche Fotos veranschaulicht werden. Wieder ist es die ungeschminkte, wahrheitsgetreue Darstellung der positiven und negativen Fakten, die die Lektüre fesselnd macht und den nachdenklichen Leser überzeugt.

Orth vermeidet bewußt jede Polemik. Aber mit den Untertiteln seiner 28 Kapitelüberschriften legt er uns die Zusammenhänge gleichsam in die Hand: „Polens neue Städte — ein Experimentierfeld für Architekten; Jeder vierte Pole besucht eine Schule; Fachleute leiten Polens Fabriken; Eine neue Schiffbaunation macht von sich reden; Qualitätsnormen sollen den Export steigern; Liberalisierungstendenzen in Handel und Handwerk“ — das sind nur einige von vielen aufschlußreichen Gesichtspunkten. Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, welchen Anteil die polnischen Gewerkschaften bei dem ungewöhnlich schnellen Übergang vom Agrar- zum sehr modernen Industriestaat gehabt haben und noch haben. Die scheinbar so nebenbei erwähnten Details der wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Entwicklung sind besonders für den westdeutschen Leser gezielte Argumente für die erfolgreichen Startmöglichkeiten einer Sozialstruktur, in der nicht nur gesellschaftlich produziert, sondern auch beweiskräftig gesellschaftlich angeeignet wird.

Orth hat mit diesem Buch seinen Titel als „anerkannter Polenexperte“ bestätigt. Für die sachliche Diskussion der Ost-West-Problematik bietet es mannigfache, geeignete Ansatzpunkte und besonders auch den, daß mit dem internationalen Gütertausch internationale Koexistenzfragen zukunftssträchtige Aspekte haben.

Hermann Lücke

#### JULIUS BRAUNTHAL

#### VICTOR UND FRIEDRICH ADLER

Zwei Generationen der Arbeiterbewegung, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1965. 342 S., Ln. 178 öS.

Den Lebensweg zweier bei allen Gemeinsamkeiten doch sehr verschiedenen Persönlichkeiten (Vater und Sohn) in einem Buch schildern zu wollen, ist ein kühnes Unterfangen, das Julius Braunthal über alle Erwartungen geglückt ist. Eine 1932 erschienene Biographie des Schöpfers der österreichischen Sozialdemokratie (soweit das das Werk eines einzelnen sein kann) Dr. Victor Adler (1852—1918) ist verschollen, es konnte überdies damals noch unbekannt oder unzugängliche Quellen nicht

berücksichtigen. Eine Darstellung von Dr. Friedrich Adlers (1879—1960) bewegtem Leben wurde bisher nicht geschrieben. Braunthal, der ursprünglich nur letzteres behandeln wollte, hat sein Thema erweitert, als er erkannte, daß Friedrichs Lebensgeschichte außerhalb der seines Vaters ein Torso bleiben müßte, weil die ersten vierzig seiner achtzig Lebensjahre eng mit Leben und Schicksal des Vaters verwoben waren. In einer Biographie *Bebeis*, meint Braunthal, würde der Hinweis genügen, daß der Vater ein Korporal und der Stiefvater ein Gefängnisaufseher war; sie haben keinen nachweisbaren Einfluß auf August Bebel geübt, während Friedrich Adlers Persönlichkeit auch dort von der des Vaters stark beeinflusst war, wo er ihm — wie im ersten Weltkrieg — opponierte.

So ist ein Werk von ganz eigenartigem Reiz entstanden, dessen Lektüre einen hohen Genuß bildet. In Braunthals mit liebevoller Anteilnahme geschriebenen Schilderung ersteht ein lebendiges Bild des großen Menschen und Menschenfreundes Victor Adler, des Arztes, dem die Not der arbeitenden Menschen so ans Herz greift, daß er sein ganzes Leben, seine unbändige Arbeitskraft, sein ganzes Vermögen restlos der Arbeiterbewegung opfert, um ganz in ihr aufzugehen. In ihrem Dienst hat er sich so sehr vorzeitig verbraucht, daß er am Vorabend der formellen Ausrufung der Republik in Wien als ihr erster Außenminister stirbt. Im alten Österreich, in dem die Sozialdemokraten eine von den Herrschenden nach Möglichkeit ignorierte Oppositionsgruppe ohne direkten Einfluß waren, hatte es der Jude und Sozialdemokrat Adler fertiggebracht, sich Hochachtung auch beim Gegner und in der ganzen Öffentlichkeit zu erkämpfen.

Die von Braunthal veröffentlichten Briefstellen (vielfach aus den ungedruckten Beständen des Wiener Adler-Archivs) zeigen, wie viel enger damals der Zusammenhalt führender Menschen auch über Grenzpfähle hinweg war: Victor Adler hat mit *Bebel* und dem damals in Deutschland wirkenden *Karl Kautsky* ständig seine politischen, aber auch seine privaten Sorgen besprochen. Neben vielen anderen interessanten Ausgrabungen Braunthals hat vor allem die in einem ungedruckten Brief Adlers 1916 ausgesprochene Warnung vor dem von *Pernerstorfer* empfohlenen „sozialistischen Nationalismus“ heute auch aktuelle Bedeutung:

„Ist erstens im allgemeinen heute ein Bedürfnis, das ‚Nationale‘ so zu betonen und pathetisch herauszuschreien? Haben wir etwa in Deutschland oder hier oder sonstwo gerade jetzt Mangel an nationaler Begeisterung? Ist nicht im Gegenteil die Gefahr einer Übertreibung näherliegend, jetzt das ‚Nationale‘ ganz hemmungslos zum Um und Auf zu machen? Und zweitens im besonderen bei uns hier, welchen Sinn hat es, das Wort ‚national‘ so her-

auszustreichen, was doch ein ganz bestimmter Terminus ist und eigentlich so aufgefaßt wird, daß die Partei eine ‚nationale‘ Sozialdemokratie werden soll: Solchen, im Wesen nichtsagenden, wohl aber die Köpfe von vielen verwirrenden Schlagwörtern möchte ich schon sehr kräftig entgegentreten."

Zum Unterschied von der SPD blieb der deutschen Sozialdemokratie Österreichs im ersten Weltkrieg die *Spaltung* zwischen mehr oder weniger entschiedenen Bejahern und erbitterten Gegnern des Krieges erspart. Was sie sich nicht ersparen konnte, war der Konflikt um die Stellung zum Krieg, der durch die ganze Partei ging und zu der menschlichen Tragik führte, daß Vater und Sohn einander entgegenstanden. Victor Adler hatte den Krieg beklagt, aber ihn mit den Worten „Österreich ist ja schlimm, aber gegen ein definitives (zaristisches) Rußland wollen wir es nicht austauschen", akzeptiert. Sein Sohn Friedrich, in Bewunderung des Vaters und dessen Lebenswerkes aufgewachsen, seinem Interesse für die Physik, der er sich erst widmen wollte, und dann seiner Arbeit an der Schweizer Parteipresse entsagend und sich ganz in die österreichische Parteiarbeit stürzend, hatte schon das passive Hinnehmen des Kriegsgeschehens als brennende Schmach empfunden. Sein Widerstand gegen den Habsburgerstaat und damit auch gegen die eigene Partei, die ihn jetzt tolerierte, drückte ihm schließlich den Revolver in die Hand, mit dem er den österreichischen Ministerpräsidenten *Stürgkh* niederstreckte.

Es war in der langen Geschichte des demokratischen Sozialismus wohl der einzige Akt des individuellen Terrors, aber Friedrich Adler, vom Ausnahmegericht zum Tode verurteilt und dann zu 18 Jahren Kerker begnadigt, konnte in einer vielstündigen, anklägerisch-aufwühlenden Verteidigungsrede seine Tat den Arbeitern begreiflich machen und für seine Kriegsgegnerschaft weit über die Reihen der Arbeiterschaft hinaus Verständnis erwecken. Nichts in Braunthals Darstellung der Atmosphäre, in der der Entschluß zum Attentat reifte, des Attentats selbst und des ihm folgenden Prozesses ist so erschütternd wie die Schilderung der Zeugenaussage Victor Adlers vor Gericht, die sich schützend sowohl vor den angeklagten Sohn als auch vor die von ihm heftig kritisierte Partei stellte.

In den späteren Jahren, da Fritz Adler 1918 im Triumph aus dem Gefängnis nach Wien heimkehrte und dann in seiner Funktion als Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923—1940), war Braunthal vielfach ein engerer Weggenosse Adlers und berichtet daher aus eigenem Erleben. Er korrigiert die verbreitete Annahme, Adler habe die Wiederaufrichtung Österreichs 1945 nicht begrüßt und ein Verbleiben Österreichs in einem vom Nationalsozialismus gereinigten Deutschland be-

fürwortet. In Wirklichkeit hat sich Adler, der die Anschlußfrage als erledigt ansah, nur dagegen gewendet, daß seine österreichischen Parteigenossen durch das Betonen ihres österreichertums den Anschein erweckten, als würden sie dem „anderen Deutschland", den ersten Opfern Hitlers, die Solidarität versagen.

Nach Braunthals Otto-Bauer-Biographie und seiner monumentalen zweibändigen „Geschichte der Internationale" ist seine Biographie von Adler Vater und Sohn eine Meisterleistung, zu der man ihn beglückwünschen kann. Die zahlreichen Bilder, faksimilierten Schriftstücke und in den Text eingestreuten Zitate aus heute schwer zugänglichen oder überhaupt ungedruckten Quellen erhöhen den Wert des Buches, das den Leser von der ersten bis zur letzten Seite gefesselt hält.

Dr. J. W. Brügel

ACHIM VON LOESCH

### DIE GRENZEN EINER BREITEREN VERMÖGENSBILDUNG

Zur Problematik der Eigentumspolitik. Sammlung „res novae", Veröffentlichungen zu Politik, Wirtschaft, Soziologie und Geschichte, Band 40. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1965. 156 S., kart. 7,80 DM.

Achim von Loesch gehört seit Jahren zu den geistreichsten Gegnern der vielen „Pläne" einer breiteren Vermögensbildung. Dienten seine früheren Veröffentlichungen vor allem der Begründung der These, daß sich die Ziele dieser „Pläne" — nämlich größere Sicherheit gegen Lebensrisiken und gewisse Mitgestaltungsrechte aus dem Eigentum — viel besser durch den Ausbau des Systems der sozialen Sicherung einerseits und den Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung andererseits verwirklichen ließen, so trägt er seinen Angriff in den letzten Kapiteln der vorliegenden Veröffentlichung nunmehr von einer anderen Seite vor: Von Loeschs kulturgeschichtliche Attacke gegen die Sparsamkeit als „Tugend", seine Ästhetisches, Philosophisches, Politisches und Soziologisches umgreifende Polemik gegen die Konsumfeindlichkeit, seine Apologie des „rechten Konsums" als „Lebenskunst", mögen die Argumente und Erkenntnisse im einzelnen auch nicht neu sein, eröffnen in Hinsicht auf die vermögenspolitische Diskussion — aber auch in Hinsicht auf die lohnpolitischen und konjunkturpolitischen Erörterungen — neue Perspektiven von politischer Relevanz.

Äußerst fruchtbar ist auch der bereits in der Einleitung (S. 6) gebotene Hinweis auf den bisher wenig beachteten oder als selbstverständlich hingenommenen Umstand, daß sich die vermögenspolitischen Maßnahmen mit einer Fülle politisch gegensätzlicher Ziele kombi-

nieren lassen: Vermögenspolitische Maßnahmen können einerseits mit Sozialisierungsmaßnahmen, andererseits aber auch mit Privatisierungsaktionen kombiniert werden. Sie können der Durchkreuzung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik dienen, aber auch eine grundsätzlich andere Originärverteilung des Sozialproduktes bewirken. Hieraus erklärt sich auch die grundsätzliche Einigkeit fast aller politisch relevanten Gruppen, daß man vermögenspolitisch wirksam werden müsse, aber auch die tiefgreifenden Differenzen in der Auffassung über den „richtigen“ Weg dieser Vermögenspolitik. Mit Recht zieht von Loesch aus diesem Umstand die Konsequenz, daß die Rede, es komme nur darauf an, daß überhaupt etwas getan werde, grundsätzlich unhaltbar sei: politisch entscheidend sei das „Wie“.

Daß von Loesch in seiner Gegnerschaft gegen alle Pläne auch einige unhaltbare Argumente reaktionärer Publizisten zitiert, scheint überflüssig zu sein, zumal von dieser Seite — auch der Absicht nach — kaum ernsthafte Argumente vorgetragen werden können. Auch die seitenlange Wiedergabe der von *Arndt* und *Schiller* auf dem Dortmunder Tag der SPD 1963 vorgetragenen Referate — in Hinsicht auf die Bundestagswahlen wohl überwiegend um Konformität mit dem neoliberalen Gedankengut bemüht — erweist sich als wenig fruchtbar: Thesen wie die, daß „eine hohe Selbstfinanzierung — ein notwendiges Mittel zu einem hohen Wachstum — zugleich ein Mittel zur Angleichung der Einkommen“ sei (S. 84), lassen sich in der nüchternen Atmosphäre nach der SPD-Wahlniederlage wohl kaum mehr ernsthaft verteidigen.

In seiner Auseinandersetzung mit den verschiedenen „Plänen“ bringt von Loesch eine Fülle wesentlicher Argumente. Seine Kritik an den Investivlohnplänen, den Prämiensparsystemen, seine Einwände gegen das betriebliche Miteigentum und den *Leberplan*, der nichts anderes als „Sozialpolitik auf überbetrieblicher Ebene“ sei (S. 59), sind überzeugend. Dagegen stellt er den *Gleitzeplan* wohl zu knapp und nicht genau genug dar. Loesch bezeichnet den *Gleitzeplan* als eine Art „Steuer“, was er gerade nicht ist und nicht sein soll. Auch seine Kritik an *Nell-Breunings* These vom „Sparen ohne Konsumverzicht“ (S. 67 ff.) trifft nicht den Kern der Sache. Wenn den Arbeitnehmern zum Zwecke der Vermögensbildung über den — evtl. wachsenden — Konsumlohn hinaus nicht konsumierbare Einkommensteile zum Zweck der Vermögensbildung zufließen, wird den Gewerkschaften nicht mehr Verantwortung für die Währungsstabilität auferlegt wie bei der traditionellen Lohnpolitik auch. Aufklärung der Mitglieder über volkswirtschaftliche Zusammenhänge der Kapitalbildung ist allerdings — auch unabhängig von den „Plänen“ — unerlässlich. Auch der Hinweis, „*Nell-Breunings* Modell (sei) eine Wirtschaft ohne die

Geldschöpfung als eigene dynamische Kraft“ (S. 76) könnte zu Fehlschlüssen verleiten: Gerade *Nell-Breuning* hat die vermögenspolitische Wirkung zusätzlichen Arbeitnehmersparens im Falle der Geldschöpfung untersucht.

Verdienstvoll ist, daß von Loesch noch einmal die These *Littmanns* von der „Zwangsläufigkeit der einseitigen Vermögensbildung zugunsten der Unternehmer in der Marktwirtschaft“ skizziert. Die These ist zwar häufig zitiert, aber — vielleicht weil sie unbequem ist — kaum je einer ernsthaften Kritik unterzogen worden, die leider auch von Loesch nicht bietet.

Wie immer dem sei: Schon diese wenigen Hinweise machen deutlich, wie fruchtbar die Auseinandersetzung mit dieser neuen Veröffentlichung von Loeschs ist. In jedem Fall ragt sie, was das Niveau der Auseinandersetzung und die wissenschaftliche Absicherung anbetrifft, weil über die Fülle der vermögenspolitischen Literatur hinaus.

Dr. Theo Thiemeyer

JAN BODO SPERLING

#### DIE ROURKELA-DEUTSCHEN

Mit einem Vorwort von Klaus Mehnert. Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1965. 246 S., Ln. 14,80 DM.

Am Ende des vorliegenden Buches stellt der Autor die nur allzu berechtigte Frage, ob es in Zukunft wohl gelingen werde, den Verantwortlichen der Wirtschaft und des Staates die politische Bedeutung großer deutscher Entwicklungsvorhaben bewußt werden zu lassen, um dadurch die nur zu oft irreparablen Schädigungen des deutschen Ansehens in der Welt zu vermeiden. Die Antwort hängt unter anderem davon ab, wie weit diese nützliche Untersuchung verbreitet und beachtet wird. Denn *Sperlings* Bericht über die menschlichen Probleme deutscher Monteure, Techniker und Entwicklungshelfer bei der Errichtung eines Stahlwerkes am Rande des indischen Dschungels, in dem noch Primitivstämme leben, ist bis heute einzig in seiner Art.

Der Autor hat vier Jahre lang das „German Social Center“ der Großbaustelle geleitet, sich nach seiner Rückkehr intensiv mit der einschlägigen Literatur vertraut gemacht, bis hin zu unveröffentlichten Umfrageergebnissen. Man respektiert die Bescheidenheit des Autors, nicht einfach subjektive Erfahrungen in einem spannenden Bericht zusammengeschrieben zu haben, sondern Bestätigung, Erweiterung, Erklärung durch fremde Quellen gesucht zu haben. Die Arbeit wäre allerdings bedeutend lesbarer geworden, wenn sich der Verfasser die Freiheit souveräner eigener Darstellung genommen hätte, statt streckenweise zu viele Zitate aneinanderzureihen.

Daß Sperling ausgerechnet eine 1939 erschienene Auflage des bereits 1911 veröffentlichten und nach 1945 erneut verlegten Werkes „Geopsyche“ von *Willy Hellpach* mehrmals als wissenschaftliche Quelle heranzieht, muß jeden politisch bewußten Leser erstaunen. Wer, von Sperling angeregt, den Zusammenhang seiner Hellpach-Zitate nachliest, findet Sätze, die uns heute recht fragwürdig erscheinen, z. B.: „... für die nordische Rasse (ist) das Trockenklima artfremd.“ Oder „... je im Nordraum eines Volkes sind die Wesenszüge der Nüchternheit, Gelassenheit, Herbheit, der Verstandes- und der konsequenten Willenseinstellung, der Zähigkeit, Geduld und Strenge überwiegend, je im Südraum dagegen die Wesenszüge der Lebhaftigkeit, Erregbarkeit, Leidenschaft, der Gefühls- und Phantasiesphäre, des Triebhaften und Gemütlichen“. In einem Falle beschönigt der Autor durch auslassende Zitierweise eine heute nicht mehr vertretbare Kolonialtheorie (S. 184).

Dennoch ist es ein mutiges Buch. Sperling bringt eine genaue, detaillierte und oft auch sprachlich plastische Analyse der soziologischen und psychischen Verhältnisse sowohl der Deutschen als auch der Inder, die auf engstem Raum zusammenarbeiten. Einige Themen seien genannt: Motive einer Anstellung im Ausland wie Fluchtgründe, Abenteuerlust, finanzieller Anreiz; die enormen sozialen Unterschiede der Inder im Werk; die stereotypen Vorurteile der Deutschen, die durch unzulängliche Information aus den Boulevardblättern entstanden sind; mangelnde Vorbereitung auf die neuen Gegebenheiten; die schwierige, meist nicht erfolgte Anpassung an das tropische Klima und an indische Elendsverhältnisse; die in vielerlei Hinsicht ungewohnten Lebensbedingungen am Ort; die Gründe für die Absonderung im „Deutschen Klub“ und für die Herausbildung eines Gruppenbewußtseins; schließlich die Beziehungen zwischen Frustrations- und Aggressionsgefühlen. „Entwicklungshilfe ist kein Liebesbesen“ — die Rourkela-Deutschen sahen sich einer Mauer von Feindseligkeiten gegenüber, deren Hintergründe sie nicht verstanden. Sperling führt z. B. den Begriff des Nationalismus sozialpsychologisch breit aus; ich vermißte jedoch eine eingehendere ökonomisch-historische Deutung, die im Falle Indiens besonders naheliegt.

Am meisten hervorzuheben aber ist der Versuch des Verfassers, praktikable Folgerungen zu ziehen aus dem bewußten, offenen Erleben dieses in solchem Umfang ersten westdeutschen Gemeinschaftsprojekts mit einem Entwicklungsland. Gewaltige technische und wissenschaftliche Leistungen allein genügen heute nicht mehr, unüberlegt investierte Milliardenbeträge müssen sich in der Zukunft nicht immer vorteilhaft auswirken. Die dabei auftauchenden kulturellen und gesellschaftlichen Probleme sind vielleicht schwieriger zu

bewältigen. Sperling lehrt, daß bei künftigen Projekten genauere Vorabsprachen getroffen werden, günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen werden sollten. Die Auswahl der Bewerber sollte mehr nach charakterlichen Qualitäten erfolgen. Besonders wichtig sind sachkundige Vorbereitungslehrgänge, die auch einige Sprachkenntnisse vermitteln. Verständnis für das fremde Land sollte geweckt und damit auch größere Toleranz den anderen Menschen und Sitten gegenüber. Erst das „Knowledge of cultural detail“ ermöglicht gute menschliche Beziehungen. Der Autor macht Vorschläge zur Freizeitgestaltung, Einrichtung gemeinsamer Schulen mit den einheimischen Kindern, zur Mitnahme der Ehefrauen und zur besseren sozialen Betreuung.

Das Buch steckt voller wissenswerter Details, die seine Grundkonzeption vielfach untermauern. Möge es ein Anstoß zu einem neuen Durchdenken unserer Entwicklungspolitik sein.

*Barbara Skriver*

FERDINAND  
PRINZ VON DER LEYEN  
RÜCKBLICK ZUM MAUERWALD

Vier Kriegsjahre im OKH. Verlag Biederstein, München  
1965. 184 S., Ln. 11,80 DM.

Ferdinand Prinz von der Leyen war vom Schicksal bestimmt, als Reserveoffizier vier Jahre lang, von 1941 bis 1944, im Stabe des Generalquartiermeisters *Wagner* — einem der Opfer des 20. Juli — also im OKH und in mittelbarer Nähe *Hitlers* Dienst tun zu müssen. Hitler selber hat er in diesen Jahren nur ein einziges Mal kurz gesehen. Um so intensiver aber hat er das Dritte Reich zu Gesicht bekommen. Daß er, der Freund *Stauffenbergs*, den 20. Juli trotz eines ganz persönlich gegen ihn gerichteten Haftbefehls *Kaltenbrunners* überstanden hat, verdankt er der helfenden Hand eines Freundes, der seine Akten „einem Bombenangriff zum Opfer fallen“ ließ.

Die eigentliche Bedeutung der Erinnerungen an den „Mauerwald“ (dies der Name des Riesenkomplexes des OKH in Ostpreußen, rings um *Hitlers* sogenannte „Wolfsschanze“) liegt darin, daß der Verfasser seine Beobachtungen aus Deutschland, Frankreich, Rußland, Jugoslawien, Polen, Ungarn und Italien nicht niederschreibt, um anschließend die heutige militärische Entwicklung der Bundesrepublik etwa lebhaft zu begrüßen. Ganz im Gegenteil.

In seiner Einleitung schreibt der Verfasser, er sei, trotz der akzentuiert antinazistischen Einstellung seines Hauses, 1935 Reserveoffizier geworden in der Meinung, die er mit vielen teilte, man könne damit „dem Deutschland dienen, das man liebte. Und doch unterlagen Menschen wie ich damals einem grundlegen-

den Irrtum: wir überschätzten das geistige und charakterliche Kapital des Berufssoldaten". So vermochte kaum einer das ganze Ausmaß der vollständigen Kapitulation vor Hitler zu ahnen, sowenig wie den sich in unbekanntem Maße entfesselnden Karriereehregeiz des von Hitler für den geplanten Krieg dressierten Offizierskorps. Von der Ausnahme der Offiziersgruppen, die den 20. Juli mit dem Leben bezahlt haben, und die etwas anderes als Karriere und Stillschweigen kannten, schreibt der Verfasser: „Das Thema wird, besonders in soldatischen Kreisen, noch immer mit Scheu behandelt“, es stößt, wie „die Prozesse, aus denen das Grauen der ‚Endlösung‘ sichtbar wird, auf Teilnahmslosigkeit oder innere Abwehr.“ Der Verfasser sieht, als die drohende Folge von Schuld und Indifferenz, neue Schuld und neue Indifferenz. Er will seine Erinnerungen genau in diesem Sinne verstanden wissen: als die Erinnerungen eines „Menschen, der Hitler haßte, aber ein guter Deutscher sein wollte — ein fast unlösbares Problem“.

„Die Ahnungslosigkeit auf politischem Gebiet, insbesondere was die Entwicklung in Hitlers Deutschland betraf, war erschreckend.“ Dies ist die erste und wichtigste Einsicht des Verfassers, als er im OKH anfängt. Und damit sind auch für ihn die ebenso erschreckenden „geistigen Grenzen der Zivilcourage“ beim Gros der gold-rot-betreiften Gefolgschaft Hitlers im OKH gegeben, die er scharf beobachtet und analysiert. Er scheut keineswegs gezielte Gespräche und nimmt das persönliche Risiko solchen Unterfangens bewußt auf sich; er überliefert die Antworten der „gerade bei höheren Militärs weitverbreiteten politischen Naivität“. Das Ergebnis ist die Feststellung, sich in einer termingleichen Funktionärshierarchie zu befinden, die nicht nur denkfaul ist, sondern für die Denken ein dienstliches Vergehen bedeutet.

Geradezu fürchterlich wird dies dem Verfasser deutlich, als er in Polen auf einer seiner Versorgungsfahrten zum ersten Male mit den mordenden SS-Horden in Berührung kommt und die stillschweigenden Generäle und Feldmarschälle beobachtet. Nur mit Stauffenberg und dem später gehenkten Obersten i. G. *Finkh* hat er die „Sicherheit des freien Wortes“. Er ist kein Politiker, hat aber einen von Haus aus klaren Blick für die politischen Konsequenzen, die aus der inneren Konstitution des ihn umgebenden OKH resultieren mußten. Er will im Grunde nicht für sich schreiben, sondern Gesetze der Logik aufzeigen; er unternimmt den — aussichtslosen? — Versuch, das heutige Deutschland aus den entsprechenden Ergebnissen menschliche, nicht noch einmal militärische Konsequenzen ziehen zu lassen. Er sieht als Folge einer nicht überwundenen Grundeinstellung, wie „Politiker, in denen heute wieder die geistige Frechheit und

Arroganz der damaligen Zeit“ losbricht, zu Erfolg gelangen. Und dann? Am Beispiel *Dönitz* und der „grotesken Irrealität seines politischen Weltbildes“ demonstriert er seine Alltagserfahrung.

Es ist viel Neues aus diesen Erinnerungen zu erschließen, z. B. über die Tragödie von Stalingrad (während die SS den gesicherten Transport ihrer Bordelle verlangte!) aus der Sicht der Psychologie von *Zeitler*, *Manstein* und *Paulus*. „Stalingrad ist das Musterbeispiel für die Fragwürdigkeit absoluten militärischen Gehorsams geworden.“ Der Verfasser knüpft daran Betrachtungen über die Relativität des Fahneneides, die wir bis heute in der Literatur noch nicht gefunden haben — und der katholische Fürst bekennt das folgenreiche Versagen und Schweigen der Kirche in dieser Frage.

Stets sind die Argumentationen des Verfassers das Ergebnis persönlicher Erfahrung, sei es, um nur wenige Beispiele zu nennen, mit dem *Rommel*-Mörder General *Burgdorf*, mit Gestalten des 20. Juli, mit dem *Ribbentrop*-Botschafter *Abetz* in Paris, mit General *Reinecke*, jener üblen Figur, die ihn verhört hat und die auf jedem Prozeßbild des Volksgsgerichts neben *Freisler* zu sehen ist.

Die Vernichtung der Akten Kaltenbrunners und *Himmlers* abstruser sogenannter Prinzen-Erlaß, der alle Angehörigen des Hochadels „unehrenhaft“ aus dem Heer ausstieß (*Himmler* plante für später einen Gesamtmord am Hochadel), haben es gefügt, daß Prinz von der Leyen ganz kurz vor der Kapitulation nach Hause gehen konnte. Seine letzte Forderung: „Die Gespenster sind verstummt. Wir aber, die wir ihre Stimmen kennen, dürfen nicht verstummen, weil wir einmal zu lange geschwiegen haben.“

*Dr. Hans Kühner*